

Landesbischof fordert Einhaltung der Menschenrechte in indonesischer Provinz Papua

Brief von Landesbischof und Direktor Mission EineWelt an Präsidenten der EU-Kommission, Bundesaußenminister und Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung

Landesbischof Johannes Friedrich hat die Europäische Union und die deutsche Bundesregierung dazu aufgefordert, sich für die Einhaltung der Menschenrechte in der indonesischen Provinz Papua einzusetzen.

In einem Brief an den Präsidenten der EU-Kommission, José Manuel Barroso, Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier und den Beauftragten der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe, Günter Nooke, hat der bayerische Landesbischof auf eklatante Menschenrechtsverletzungen an Mitgliedern der Volksgruppe der Papua durch indonesische Sicherheitskräfte hingewiesen.

Kirchliche Gruppen berichteten über „willkürliches Verhalten der Sicherheitskräfte, über Verhaftung, Folter und Mord“. Mehrere Gerichtsprozesse der letzten Jahre hätten gezeigt, dass „indigene Papua vor den Gerichten keine Chance haben, Recht zu bekommen“, so Friedrich in einem gemeinsamen Brief mit dem Direktor von Mission EineWelt, Peter Weigand.

Eindringlich bat der Landesbischof den Bundesaußenminister und den Präsidenten der EU-Kommission, bei der indonesischen Regierung die Umsetzung des bereits beschlossenen Sonderautonomiegesetzes anzumahnen, das den Ureinwohnern und Eigentümern des Landes Möglichkeiten zur Selbstbestimmung und Einhaltung natürlicher Land- und Bodenrechte eröffnen sollte.

Die Insel Neuguinea ist seit kolonialer Zeit zweigeteilt: Papua, der Westteil der Insel gehört seit 1963 zu Indonesien, der unabhängige Staat Papua-Neuguinea umfasst den Ostteil der Insel, sowie einige vorgelagerte Inseln.

Die bayerische Landeskirche pflegt über ihr Centrum Mission EineWelt partnerschaftliche Beziehungen mit der Evangelisch-Lutherischen Kirche im Nachbarland Papua-Neuguinea, die mit dem Neudettelsauer Pioniermissionar Johann Flierl auf das Jahr 1886 zurückreichen.

München, 20. Mai 2009
Johannes Minkus, Pressesprecher